

Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für Pressburg: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In Pressburg abonniert man bei der Administration: Apponyigasse Nr. 10. — Auswärtige Abonnenten abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. Inserate werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Petitzeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unversegelte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — Redaction: Michaelerthor Nr. 164.

Nr. 110.

Samstag 15. Mai 1875.

IV. Jahrgang.

Pressburg, 14. Mai.

In der gestrigen Sitzung des Oberhauses hat die Regierung in der Gerichtsorganisationsfrage einen Sieg errungen. Es stimmten nämlich nach kurzer Generaldebatte bei namentlicher Abstimmung für den Text des Abgeordnetenhaus' 60, dagegen und für den durch die Justizcommission modificirten Gesetzentwurf 36. Der erstere ist demnach mit einer Majorität von 24 Stimmen als Basis der Spezialdebatte angenommen.

Der Cardinal-Primas, sowie 6 von den anwesenden Mitgliedern des Episcopats überhaupt, stimmten für den ursprünglichen Gesetzentwurf, Bischof Zalka von Raab dagegen.

Der Verlauf der Generaldebatte war folgender:

Als erster Redner ergreift das Wort Graf Georg Apponyi. Es ist eine ungewöhnliche Erscheinung, daß das Haus heute abends auf denselben Gegenstand zurückzukommen gezwungen ist, welchen daselbe vor acht Tagen verhandelt und dessen Annahme daselbe abgelehnt hatte. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß die gewichtigen Motive, welche in diesem Hause gegen den Gesetzentwurf vorgebracht wurden, im Abgeordnetenhaus keinerlei Berücksichtigung fanden und heute das Oberhaus einer Pression gegenübersteht, denn es sei nicht zu leugnen, daß die heutige Verhandlung den Stempel der Pression an sich trage. Zwei Momente wurden für den Gesetzentwurf angeführt, das finanzielle und das juristische. Die Motivirung vom finanziellen Standpunkte halte er jedoch für fehlerhaft, denn die vorgeschlagene Maßregel könne nur von schädlicher finanzieller Wirkung sein.

Er erkennt an, daß die Finanzlage des Landes eine sehr ernste sei, doch sei dieselbe keineswegs so beorgnißerregend, wie sie von manchen Schwarzsehern dargestellt wird; sie kann übrigens günstiger gestaltet werden durch eine richtige Politik der Sparsamkeit, jedoch nicht in einzelnen Zweigen der Staatsverwaltungen, sondern überall, und durch eine richtige Anwendung der richtigen Mittel.

Wir werden aber des Credits bedürfen und ein Mittel zur Erlangung desselben sei eine geordnete Justiz und das Vertrauen, welches man derselben entgegenbringt; dieses Vertrauen muß aber erschüttert werden, wenn die Legislative das Prinzip der Unabhängigkeit der Richter antastet und illusorisch macht, und unmittelbar wird darunter der Credit des Landes leiden. Die Motive, welche in juristischer Beziehung gegen den Gesetzentwurf sprechen, wurden vom Jure Curiae in der letzten Verhandlung dargelegt, und Redner will sich nicht in Wiederholungen ergehen, sondern nur den von der Rechtscommission vorgelegten Entwurf zur Annahme empfehlen.

Die Commission hat sich bestrebt, den Anforderungen der Praxis zu entsprechen, und empfiehlt die Aufhebung von 20 Gerichtshöfen; sie

kann aber dem vom Abgeordnetenhaus angenommenen Entwurfe nicht zustimmen, weil sie die richterliche Unabhängigkeit zu wahren wünscht. Die richterliche Stellung ist keine dankbare, sie fordert große Selbstaufopferung, große Mühe, und der Lohn für all' das liegt einzig und allein in der Unabhängigkeit des Richterstandes und in der Achtung, welche wir demselben entgegenbringen.

Das Gesetz über die Organisation der Gerichte hat wohl für die Redaction der Gerichte vorgesorgt, welche jedoch durch die Legislative auf Grund statistischer Daten zu beschließen wäre. Die einfache Bevollmächtigung der Regierung widerstrebt dem Geiste des Gesetzes, steht im Widerspruch mit den Bestimmungen desselben.

Es sei möglich, daß bei der ersten Massen-Ernenennung auch weniger tüchtige und brauchbare Richter ernannt worden; aber dafür sind die vielen tüchtigen nicht damit zu strafen, daß man die garantierte Unabhängigkeit antaste. Die Spuration der Richter könne auch auf eine andere Weise durchgeführt werden.

Der Entwurf der Rechtscommission entspricht den praktischen Anforderungen mit voller Wahrung der Unabhängigkeit des Richterstandes; es wäre traurig, wenn mit einem Federzuge dieselbe erschüttert, ein gefährliches Präcedens geschaffen und das Vertrauen in die Prinzipientreue der Legislative erschüttert würde. Redner empfiehlt daher die Annahme des Commissionentwurfs. (Lebhafte Zustimmung.)

Baron Nicolaus Bay wendet sich gegen den Voredner. Wenn der Gesetzentwurf unmotivirt zurückginge, so geschah dies deshalb, weil er vom Oberhaus ebenfalls ohne Motive an das Abgeordnetenhaus zugesandt wurde, was Redner unter unseren Verhältnissen für nicht entsprechend und zweckmäßig hält. Redner empfiehlt die Annahme des vom Abgeordnetenhaus angenommenen Gesetzentwurfs. (Zustimmung.)

Graf Johann Cziráky wirft einen Rückblick auf die Entwicklung der richterlichen Institution, einer der Hauptstützen des parlamentarischen Systems; er weist an der Hand unierer Gesetze nach, welcher Achtung sich der Richterstand erfreute, dessen Unabhängigkeit auch im Jahre 1869 gesetzlich gesichert wurde. Daß diese jetzt erschüttert werden soll, dafür liege kein legaler Grund vor. Wenn zwischen den beiden gleichberechtigten Factoren der Gesetzgebung differentielle Meinungen obwalten, sei es Usus, auf einen Vermittlungsantrag zu sinnen; ein solcher liege in dem von der Justiz-Commission modificirten Gesetzentwurfe vor, den er daher dem Hause zur Annahme empfiehlt.

Justizminister Béla Ferenczy erklärt, den Antrag der Justizcommission nicht annehmen zu können, und bittet das Haus, sich dem ursprünglichen Gesetzentwurfe anzuschließen. Die Regierung habe nie die Wichtigkeit aus dem Auge verloren, welche die Unabhängigkeit des Richterstandes besitze. Sie wisse, daß der Richter keine andere Beschränkung haben dürfe, als jene, welche in dem Gesetze, welche

in dem gesetzlichen Usus und in seinem Gewissen enthalten ist.

Und diesem Bewußtsein gebe sie nicht nur in Worten, sondern auch factisch Ausdruck, und nicht nur die gegenwärtige, auch die früheren Regierungen. Redner beruft sich ferner auf mehrere europäische Staaten, wo die Transferirung gestattet ist, und in jenen Staaten sei die Justizpflege eine anerkannt gute. Mit den in dem vorliegenden Gesetzentwurfe enthaltenen Bestimmungen geschehe nichts Unerhörtes, da schon ein älteres Gesetz dem Ministerium das Recht ertheile, die Zahl und den Personalstand der Gerichte festzustellen.

Die Unabhängigkeit der Richter — fährt Redner fort — sei nur Mittel der guten Justizpflege, nicht aber Selbstzweck. (Lebhafte Zustimmung.) Dieses Gesetz sei schon von der früheren Regierung vorbereitet worden, und er will hoffen, daß die Legislative die darin enthaltene Ermächtigung nicht verweigern werde.

Gegen Cziráky sich wendend, bemerkt Redner, daß in früherer Zeit jeder Gerichtspräsident das Recht hatte, einen Prozeß aus souveräner Machtvollkommenheit zu renoviren. Wo blieb da die Unabhängigkeit des einzelnen Richters?

Glaube man wirklich, daß die Regierung, wenn sie die Ermächtigung erhält, nichts Dringenderes zu thun haben werde, als massenhafte Versetzungen von einem Ende des Landes bis zum anderen, Pensionirungen en masse vorzunehmen? Wo die Nothwendigkeit der Transferirung oder Pensionirung eintritt, werde er (Redner) Informationen von den Obergespanen erbitten.

Nach einigen weiteren Bemerkungen gegen Cziráky empfiehlt Redner den ursprünglichen Gesetzentwurf wiederholt zur Annahme. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem Graf Schmidegg gegen, Obergespan Tomcsányi und Baron Victor Mesnil für die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung des Abgeordnetenhaus', und Graf Apponyi das Schlusswort gesprochen hatten, wurde die namentliche Abstimmung verlangt.

Unseren gestrigen Bericht über die Oberhausitzung vom 12. d. M. haben wir durch Nachfolgendes zu ergänzen:

Erzbischof Ludwig Haynald will anlässlich der Budget-Berathung die Aufmerksamkeit des Ministeriums auf mehrere Gravaminale Angelegenheiten der kath. Kirche in Siebenbürgen lenken. Aus einer von Maria Theresia gemachten Stiftung für das Maria-Theresia-Waisenhaus in Hermannstadt wurden bis 1869 jährlich ca. 2200 fl. liquidirt. Im Jahre 1868 machte sich im Cultusministerium die Ansicht geltend, daß man diese Ausgaben einstellen könnte, und man verbot auch die Aufnahme von Waisen in diese Anstalt. 1869 schloß sich der Finanz-Ausschuß des Abgeordnetenhaus' dieser Ansicht an und im Jahre 1873 wurde jene Stiftungssumme gar nicht mehr ausbezahlt. Das Cultusministerium nahm in neuerer

Zeit lebhaftes Interesse an dieser Sache, forderte auch das Finanz-Ministerium zu baldiger Erledigung auf und wies aus dem nicht für diesen Zweck bestimmten ungarischen Religionsfond 7671 fl. zur Erhaltung der Waisen an. Dies sei das erste Gravamen.

Das zweite betreffe das Karlsburger Kapitel; seit 1868 bezahle das Alerar die Revenuen der dortigen Domherren-Stallen nicht; ferner werden die für die Hermannstädter Anstalt der Ursulinerinnen und für die Franziskaner in Hermannstadt und Kronstadt bestimmten Dotationen nicht ausgezahlt; man bezahle sie aus dem ohnehin armen siebenbürgischen Religionsfond. Redner ersucht das Ministerium um ehebaldige Abstellung der erwähnten Gravamina.

Graf Emanuel Andrássy spricht die Befürchtung aus, daß sich das Defizit de facto höher als 21,000,000 fl. stellen werde, denn wir befinden uns bekanntlich in einer Lage, daß wir kaum im Stande sind, die Erfordernisse für die ersten Monate des Jahres zu decken. Redner hält die gestern vom Abgeordnetenhaus votirte Generalvollmacht bezüglich der Ausgleichung der Eisenbahnforderungen für sehr wichtig. Das Ministerium, welches eine solche Vollmacht verlangt, muß auch die nöthige Summe kennen, welche in Folge dessen im Budget hätte enthalten sein sollen. Redner fragt daher den Finanzminister, warum die Vollmachtsvorlage nicht früher dem Hause unterbreitet wurde, damit dieselbe vor dem Budget hätte verhandelt werden können?

Finanzminister Széll antwortet, daß die Regierung die vom Vorredner erwähnte Summe nicht angeben, umsoweniger in's Budget aufnehmen konnte, da dieselbe doch erst Gegenstand späterer Unterhandlungen sein wird. Uebrigens sollte der Vorredner seine Frage erst bei der Verhandlung der betreffenden Vorlage an den Minister richten, dann werde er wahrscheinlich auch besser orientirt sein, als jetzt, wo er die Vorlage noch nicht seiner ganzen Aufmerksamkeit gewürdigt zu haben scheint.

Graf Ferdinand Zichy hat nach den Ausführungen des Grafen Szécsen wenig zu sagen. Es könnten bei einzelnen Posten vielleicht noch geringe Reductionen bewerkstelligt werden, doch nach allen Richtungen könne das bei diesem Budget nicht geschehen. Redner votirt die Vorlage, weil für die Posten des Staatshaushaltes gesorgt werden muß, und es diene die Votirung der Sache mehr, als langwierige Debatten, weil am Budget in der Mitte des Jahres kaum bedeutende Aenderungen vorgenommen werden könnten.

Auf die vom Finanzminister dem Grafen Emanuel Andrássy ertheilte Antwort bemerkt Redner, daß im Sinne des parlamentarischen Systems der Minister auf die im Hause gestellten Fragen zu antworten gehalten sei.

Daß übrigens auch noch nicht festgestellte Summen in's Budget aufgenommen zu werden pflegen, beweist auch diese Vorlage, in welcher schon die Reduction der Gerichtshöfe registriert ist, während sie noch einen Gegenstand der Debatte bildet.

Graf Johann Cziráky drückt vor Allem sein Befremden darüber aus, daß nur drei Minister bei Verhandlung des Budgets, welches Sache des Gesamtministeriums, erschienen sind. Redner ersucht die Regierung, diesen motivirten Wunsch zu berücksichtigen. Was die Vorlage anbelangt, so hat sich Redner über die Finanzen bei Verhandlung der Steuervorlagen ausgesprochen. Redner ist von dem inneren Werthe dieses Budgets nicht überzeugt, denn die vorgenommenen Reductionen sind nicht von solchem Umfange, daß sie dem Uebel abhelfen könnten. Redner erwartet die Regierung auf dem Felde der Thaten, aber zu ihrer Finanzpolitik hat er schon jetzt kein Vertrauen. Das Budget votirt er, weil er die Functionen der Staatsmaschine nicht hemmen will. Redner kann die Antwort, welche der Finanzminister bezüglich der Eisenbahn-Generalvollmacht ertheilte, nicht für correct erklären, denn unter den außerordentlichen Ausgaben befinden sich mehrere solche Positionen, die ziffermäßig genau nicht präzisirt werden können. Auffallend sei es übrigens, daß noch vor Sanctionirung des Budgets schon ein die Bilanz des Staatshaushaltes so stark alterirender Antrag gestellt wird. Dieses Vorgehen kann Redner nicht billigen und schließt er sich diesbezüglich ganz der

Ansicht des Grafen Andrássy an. Denn es kann leicht im Lande der Verdacht rege werden, daß man erst nur das Budget mit geringen Summen votiren lassen wollte, um dann mit größeren Forderungen vorzutreten.

Finanzminister Széll steht in der Erklärung des Vorredners, daß er zur Finanzpolitik der Regierung kein Vertrauen habe, aber ihren Thaten gegenüber eine zuwartende Haltung einnehmen wolle, keine Consequenz. Redner hat schon früher erklärt, daß der Staatshaushalt durch bloße Ersparungen nicht geregelt werden könne, daß auch keinerlei Systemsänderung allein genüge, sondern daß auch die Einkünfte erhöht werden müssen. Außerdem werden aber in den Uebergangsjahren Creditoperationen nothwendig sein. Was die Bemerkung des Vorredners bezüglich der Generalvollmacht betrifft, so antwortet der Minister, daß dieses Budget von der vorigen Regierung unterbreitet wurde, daß die Organisation der Gerichtshöfe damals für bald bevorstehend betrachtet wurde, und daß dieser Posten überhaupt ein viel geringerer sei, als der vom Grafen Andrássy erwähnte, und daß schließlich zwischen Reductionen und Mehrausgaben ein Unterschied gemacht werden müsse.

Graf Johann Cziráky protestirte in persönlicher Bemerkung gegen den Vorwurf der Inconsequenz, denn er könne sehr gut zum Finanzministerium kein Vertrauen haben, und den anderen Ministern gegenüber eine zuwartende Stellung einnehmen.

Graf Emanuel Andrássy protestirte gleichfalls gegen die Insinuation des Finanzministers, als wäre er über das nicht orientirt, wovon er spreche, und nur die Achtung, welche Jedermann dem verantwortlichen Minister schuldet, bewegt ihn, seinen Gefühlen über die verlegenden Ausdrücke des Ministers nicht Ausdruck zu geben.

Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen und die Budgetvorlage als Basis für die Specialberatung angenommen. Es folgte die Specialberatung.

Graf Johann Cziráky fragte hiebei unter Anderem, ob die für die zur Controle der schwebenden Staatsschulden entsendete Commission präliminirten 6000 fl. nicht zu viel seien, worauf Minister Széll antwortete, daß dies eine Pauschalsumme sei, die nachträglich verrechnet werde. — Graf J. Cziráky ist dennoch der Ansicht, daß bei den Kanzleikosten gespart werden könnte.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden noch die Budgets des Communicationsministeriums, des Cultus- und Unterrichtsministeriums erledigt. Das Haus nahm dieselben unverändert an, nachdem die betreffenden Richter mehrfach an sie gerichtete Fragen aufklärend beantwortet hatten. Hierauf heben wir folgendes hervor:

Unterrichtsminister Tréfort antwortete auf die in der Generaldebatte vom Erzbischof Haynald gestellte Frage, daß er von der Berechtigung der Forderungen des Hermannstädter Theatersamms überzeugt sei, aber in's Budget keinen solchen Posten aufnehmen wollte, welcher eine fundationale Forderung bildet. Redner hat bezüglich dieser und der übrigen Forderungen mit dem Finanzministerium Unterhandlungen eingeleitet; er hofft, daß dieselben ehebaldigst beendet und die betreffenden Fonds der Gerechtigkeit gemäß befriedigt sein werden.

In demselben Sinne äußerte sich Finanzminister Széll, worauf Erzbischof Haynald diese Erklärung zur befriedigenden Kenntniß nahm.

Graf Johann Cziráky fragte, wann und warum die Concipistenstellen bei den höheren Gerichten sistirt wurden?

Justizminister Perczel antwortete, er werde, im Falle diese Sistirung dem Justizwesen nachtheilig sein sollte, dem nächsten Reichstage eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

Präsident Jurex Curiae Georg v. Majláth gab bei dieser Gelegenheit im Namen des Hauses der Hoffnung Ausdruck, daß der Modus, einen ergänzenden Theil eines bestehenden Organismus bloß im Wege der Finanzcommission und bloß aus finanzieller Rücksicht, ohne vorherige Befragung aller Factoren der Legislative, einfach zu sistiren: fortan in unierem parlamentarischen Leben als ein Unikum dastehen werde. Denn wenn die Sistirung irgend eines Theiles des bestehenden Organismus beabsichtigt wird, ist es nöthig, daß dieselben legislativen Factoren, welche zur Schaffung desselben

beigetragen haben, über die Natur der Ursachen befragt werden sollen, welche die Sistirung dieser Institution wünschenswerth machen: nicht aber mit einem Federzuge die ganze Institution abzuschaffen und uns vor eine vollendete Thatsache zu stellen.

Justizminister Perczel macht darauf aufmerksam, daß diese Institution vom Abgeordnetenhaus nicht sistirt, sondern nur in einen engeren Rahmen gezwängt wurde; übrigens sei die Zahl der Concipisten, seines Wissens, gar nicht gesetzlich festgestellt, sondern nur immer im Rahmen des Budgets bestimmt.

Die Sitzung schloß um 1/4 Uhr Nachmittags.

Zur Frage der Verwerthung der Staatsgüter.

I.

V. Nachdem der Beschluß des Verkaufs der ungarischen Staatsgüter zum Gesetz erhoben worden, ist damit, wenigstens für den Willen, eine bestimmte Richtschnur gegeben; die Ausführbarkeit kann freilich durch kein Gesetz herbeigeführt werden. Wir haben nun zwar die bestimmte Ansicht, daß eine Regierung sammt parlamentarischen Factoren ihre Competenz überschreitet, wenn sie über das Erbe der Vergangenheit in einer Weise verfügt, als ob nur der Moment ein Recht habe, nicht auch die Zukunft; da indessen über diese wenig beneidenswerthe Zukunft ohnehin schon durch die angehäufte Schuldenlast das Los geworfen ist, so bleibt kaum etwas Anderes übrig, als die Entäußerung der Staatsgüter wie ein unabwendbar gewordenes Datum zu tragen.

Unter diesen traurigen Umständen ist es mit Dank anzuerkennen, wenn Mittel und Wege gesucht und angegeben werden, um dem Unabwendbaren eine gute Seite abzugewinnen, den projectirten Verkauf in eine Operation umzuwandeln, durch welche jene Güter dem Staate eigentlich erst wirklich gewonnen werden, nachdem man es bisher nicht verstanden hat, sie irgendwie nutzbar zu machen.

Das „Wochenblatt für Land- und Forstwirtschaft“ enthält in Nr. 19 einen Aufsatz, der einen schon früher mehrfach ventilirten Vorschlag auf's Neue in's Gedächtniß zurückruft und begründet, nämlich den, die auf Agrikultur angewiesenen Staatsgüter in Erbpacht zu geben. Da die Richtung unierer Zeit, besonders hierlandes, sich jenen Institutionen in hohem Grade abgeneigt zeigt, durch welche dauernde Verhältnisse mit gegenseitigen Rechten und Pflichten der Menschen untereinander geschaffen werden; da sie in volkswirtschaftlicher Beziehung für nichts mehr Sinn und Beständnis beweist, als für den momentanen Reingewinn: so würden wir Druck und Papier als verloren erachten, um die Vortheile derartiger Verhältnisse hervorzubeben, wenn nicht in diesem Falle ein glückliches Unglück es so fügte, daß zur Zeit, und zwar auf unabsehbare Zeit hinaus, an einem irgend acceptablen Verkauf der Staatsgüter im Großen gar nicht gedacht werden kann. Da es auf diese Weise verhindert ist, daß mit ihnen nach den wirtschaftlichen Grundsätzen des verlorenen Sohnes verfahren werden kann, so ist es immerhin möglich, wenigstens denkbar, daß auch ein social und nationalökonomisch gesunder Gedanke zur Beachtung und vielleicht sogar zur praktischen Durchführung gelangen kann.

Wenn es gelingen sollte, in einer nicht allzuweit hinausgedehnten Periode die 3,737,000 Joch Staatsgüter, welche zur Zeit unter dem Pfluge stehen, mit tüchtigen Erbpächtern zu besetzen, so wäre damit Alles geschehen, wodurch Ungarn in dieser Richtung wahre und hohe Prosperität gesichert werden könnte; dies allerdings unter der Bedingung, daß bei dieser Operation in einer mehr wie gewöhnlich umsichtigen und verständnisvollen Weise vorgegangen würde. Wenn nämlich nicht nach den banalen Schlagworten einer rationalistischen und durch die Entwicklung der Völker schon ad absurdum geführten, oberflächlichen Theorie vorgegangen würde, sondern wenn den tieferen und dauernden wirtschaftlichen und socialen Bedürfnissen der neuanzusiedelnden Erbpächter und des Landes zugleich gewissenhaft und geistvoll Rechnung getragen werden wollte. Hierbei wäre in erster Linie zu berücksichtigen die Fernhaltung jeder Verschuldung und Zersplitterung der Erbpachtgüter,

damit Ungarn in diesem neu zu gründenden Farmerstande einen wahrhaft conservativen Bevölkerungszuwachs erhielt, der im höchsten Grade günstig auf unsere sittlichen und ökonomischen Zustände einwirken würde.

Der Verfasser des Aufsatzes im „Wochenblatt“ berechnet den jährlichen Erbpacht mit 6 fl. per Joch, wonach sich für den Staat eine Jahresrevenue von 22,422.000 fl. ergeben würde, und daneben, durch das bei Uebnahme des Grundstücks zu zahlende „Badium“, welches wir nicht höher berechnen dürfen, wie etwa zu einer dreifachen Jahrespacht, eine Kapitaleinnahme von 67,266,000 fl. Diese Ziffern wären sehr geeignet, einen Lichtpunkt in unserem Budget zu bilden; aber sie würden dennoch nur der kleinste Theil des zu erhoffenden Nutzens sein, den man — ohne sich irgendwie Illusionen hinzugeben — als geradezu epochemachend bezeichnen müßte.

Doch auch in diesem Falle ist der Erfolg nur das Product einer gewissenhaften und ernsten Thätigkeit. Wenn man zusammengelaufenes Volk — mit und ohne Geld — aus aller Herren Ländern zusammenraffen und mit ihm die Domänen colonisiren wollte, so würde der Mißerfolg garantirt sein. Zum Zwecke, das Material für eine gesunde Colonisation zu gewinnen, muß ein wohl und gründlich durchdachter Plan entworfen werden; bestimmte Gegenden muß man ins Auge fassen, von denen man erwarten darf, daß sie zahlreiche und brauchbare Einwanderer liefern; ihrer Volksindividualität entsprechend, müssen die Erbpachtgüter in geschlossenen Dörfern gruppiert oder als Einsichten vertheilt werden; für einen weinbauenden, an das Gebirge gewöhnten Volksstamm muß in Ungarn die entsprechende Gegend gewählt werden; für Abkömmlinge der Ebene auch hier die Ebene; die möglichst aus größeren, mittleren und kleinen Besitzungen gemischten Güter müssen nach ihrem Umfange gleichfalls den Eigentümlichkeiten der betreffenden Nationalität entsprechen; mit Einem Worte: verzehnfacht muß die Liebe, Sorgfalt und Kenntniß in solchem Falle bewiesen werden, die der Gärtner anwendet, um der Individualität seiner Baume und Pflanzen gerecht zu werden.

Politische Uebersicht.

Preßburg, 14. Mai.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses legte der Minister des Innern eine Novelle zum Wahlgesetz vor, welche folgende Bestimmungen enthält: §. 1. Die Zeit der 1875er allgemeinen Abgeordnetenwahlen ist festzustellen, sobald es unzweifelhaft geworden, daß die ständige Namensliste der Wähler durch die große Majorität der Centralauschüsse einen Tag vor dem zur Wahl zu bestimmenden Termine angefertigt werden wird. §. 2. In jenen Wahlbezirken, in welchen die Wahlen innerhalb der durch den Minister des Innern im Sinne des §. 56 des G.-N. XXXIII: 1874 und des §. 1 des gegenwärtigen Gesetzes bestimmten zehn Tagen wegen des Mangels der ständigen Listen nicht stattfinden können, werden dieselben nach Zusammenstellung der ständigen Listen innerhalb zehn durch den Minister des Innern zu bestimmenden Tagen auf einmal, oder wenn die Zeit der Anfertigung sehr verschieden wäre, innerhalb für jeden Bezirk separat zu bestimmenden zehn Tagen nachträglich stattfinden.

Zur Kriegs- und Friedensfrage wird aus Wien gemeldet: In gut orientirten Kreisen versichert man, daß aus Paris Nachrichten eintreffen, wonach die französische Regierung die factische Ausführung des Cadregesetzes in wesentlichen Punkten zu beschränken gedenkt.

In einer der letzten Sitzungen des preussischen Abgeordnetenhauses brachte der Abg. Frhr. Schorlemer Alst folgende Beschwerde über die Verletzung des Briefgeheimnisses vor: „Ich bin leider genöthigt, einen Fall zur Sprache zu bringen, weil er die Verletzung eines Briefes betrifft, welchen ich mit dem Stempel und Siegel des Abgeordnetenhauses verschlossen abgeschickt habe. Es ist schon wiederholt von meinen Freunden darüber Klage geführt worden, daß Briefe mit auffallenden Verletzungen

an sie ankamen, oder daß nicht richtige Ankunft der Briefe beklagt wurde. Es wurde mir vor zwei Jahren von einem Bekannten mitgetheilt, daß er die Unterhaltung zweier Postbeamten belauscht habe, wonach diese den Auftrag hätten, Briefe, die, von mir ausgehend, auf dem Postamt Münster als solche erkenntlich wären, anzuhalten. Ich habe damals dazu gelacht, weil ich dergleichen für unmöglich gehalten habe. Nun habe ich jetzt wieder am 30. April hier einen Brief, mit dem Stempel und Siegel des Abgeordnetenhauses verschlossen und außerdem recommandirt abgehandelt. Der Brief hatte zu gehen bis nach einer Poststation drei Meilen jenseits Münster. Der Brief ist dort angekommen, aufgeschnitten und wieder verschlossen mit einem Papierstreifen, worauf die Worte standen: „Irrthümlich in Münster für einen Postauftrag gehalten und eröffnet. Bastian.“ Nun, m. H., wie man einen Brief, welcher „eingeschrieben“ ist und also eine ganz besondere Sicherheit genießen soll, und der das Siegel des Abgeordnetenhauses trägt, für einen Postauftrag halten kann — wer das glauben kann, der muß einen sehr starken Glauben haben! Ich glaube es nicht. Ich habe diesen Fall vor den Mitgliedern des Hauses zur Sprache bringen wollen und werde mir das Weitere vorbehalten.“

Tagesneuigkeiten.

* (Ordensverleihungen.) Wie dem „P. M.“ aus Dalmatien geschrieben wird, hat Se. Majestät in Cattaro dem Erzbischof von Scutari, Mgr. Pooten, Primas von Albanien, das Großkreuz des Franz-Josef-Ordens; dem Bischof von Alessio Mgr. Malczynski und dem Bischof von Zappa M. S. Marsili das Comthurkreuz dieses Ordens; dem Pfarrer in Scutari M. Ang. Kadoja das Ritterkreuz des Franz-Josef-Ordens verliehen; ferner erhielten das goldene Verdienstkreuz mit der Krone: Don Schlann, Pfarrer in Scutari, Don S. Brignai, Pfarrer in Durazzo, P. Zamboni, Rector in Scutari, P. Mariano da Palmanora, Missionspräfect für Dalmatien u. A. Mgr. d'Ambrosio, Erzbischof von Durazzo, erhielt den Eisernen Kronen-Orden II. Klasse. — Se. Majestät verlieh ferner dem Gouverneur von Scutari Eschref Pascha den Eisernen Kronen-Orden erster Classe und dessen Secretären Mustafa Bey und Alex. Efendi das Ritterkreuz des Franz-Josef-Ordens, welche Decoration auch die Vilajets-Beamten Kasim Bey und Ferid Bey erhielten.

* (Fideikommiss.) Se. Majestät hat, wie „Közlök“ erfährt, der Wittve des Fürsten August Odescalchi, Herzogs zu Sirmien, die Errichtung zweier Fideikommiss gestattet: das eine zu Gunsten ihres erstgeborenen Sohnes Julius und seiner männlichen Nachkommen; daselbe umfaßt das Neutra-Szerdahelyer Gut und 100.000 fl. in ungarischen Grundentlastungs-Obligationen. Das andere zu Gunsten ihres Sohnes Arthur und seiner männlichen Nachkommen; es umfaßt den Szolcsäer Besitz. Im Falle einer der beiden Zweige ausstirbt, sind die beiden Fideikommiss zu vereinigen. Der letzte männliche Sprössling kann frei verfügen.

* (Die gestrige Sitzung des Oberhauses) wurde während der Rede des Grafen Johann Cziráky dadurch in sehr bedauerlicher Weise gestört, daß Baron Ludwig Józika, von einem heftigen Unwohlsein ergriffen, aus dem Saale geführt werden mußte. Das Unwohlsein wurde nur durch die wahrhaft afritanische Temperatur des Saales verurlicht und gibt das Befinden des Barons zu keinen Besorgnissen Anlaß.

* (Ueber den augenblicklichen Stand der Feldgeschützfrage) erfährt die „Wehr-Zeitung“: Aus dem Stahlbronze-Proberohr des Generals Uchatius wurden bis zur Stunde 2147 Schüsse gemacht; das Geschößgewicht betrug 6.35 Kg.; die Pulverladung beim Schusse 1.5 Kg. Das Rohr hat sich hierbei ganz außerordentlich bewährt und die kühnsten Erwartungen übertrifft. Im Rohre sind gar keine Ausbauchungen vorgekommen und die Bohrungs-Erweiterungen sind innerhalb der mäßigsten Grenzen geblieben. Dabei wurde auch die Schußpräcision anbelangend die vollkommene Ebenbürtigkeit des Stahlbronzerohres mit dem Gußstahlrohre festgestellt. Nach dem 2121. Schusse wurde absichtlich die Explosion eines Pro-

jectils im Rohre herbeigeführt. Trotz der hiedurch hervorgerufenen Beschädigungen erwies sich das Geschütz wider alles Erwarten noch immer feldtüchtig. In Folge dieser Ergebnisse werden nunmehr von der Versuchscommission am Steinfelde die Experimente mit den 10 Proberohren, die bereits fertig gestellt sind, und die Fortsetzung des Ausdauerversuches mit dem ersten Stahlbronze-Rohre vorgenommen.

Localnachrichten.

—r (Ein schönes Fest) feierten die Zöglinge des Pensionats des hiesigen wohlthätigen Ursulinen-Convents, indem sie in einem geschmackvoll decorirten, allerliebsten Faustheater zu Ehren des Namensfestes ihrer ehrw. Mutter und Vorsteherin Mater Sophia 4 Theaterpiecen in ungarischer, französischer und deutscher Sprache: „A fogadott leány“ 2 felvonasban; „Les différens âges de la vie.“ Dans un acte. „Die alte Baje“, Lustspiel in 1 Aufzuge. „Die Helldinnen“ (Scene aus dem Leben der hl. Ursula), zur Aufführung brachten und zum Schluß in einem gelungenen, hübsch gruppirten, mit bengalischen Flammen beleuchteten Tableau ihrer ehrw. Vorsteherin eine ebenso rührende, als sinnige Fuldigung darbrachten. Der Fleiß, mit welchem die jungen Zöglinge ihrer Aufgabe gerecht wurden, verdient alle Anerkennung; der Eifer, mit welchem sie dieselbe lösten, ist ein Beweis der kindlichen Liebe und Verehrung für die geehrte Vorsteherin, welcher die Festlichkeit galt; die Wahl der Stücke war eine sehr gelungene, und insbesondere war die dem französischen Stückchen zu Grunde liegende Idee, die verschiedenen Lebensalter vom kleinen Mädchen angefangen durch alle Altersstufen bis zur Urgroßmutter in ihren Lieblingsneigungen und Beschäftigungen auftreten zu lassen, eine sehr anmuthige. Wir gratuliren dem Institut zu seinen Zöglingen und den Zöglingen zu ihrer würdigen Vorsteherin.

** (Geänderte Fahrordnung der Staatsbahn.) Vom 15. d. M. an verkehren die Züge der Staatsbahn von und nach Preßburg in folgender Weise: Nach Wien: Personenzüge: 4 Uhr 14 Min. Früh, 7 Uhr 12 Min. Früh, 4 Uhr 21 Min. Nachm. Courierzug: 12 Uhr 22 Min. Mittag. — Nach Pest: Personenzüge: 10 Uhr 57 Min. Vorm., 11 Uhr Nachts. Courierzug: 5 Uhr 35 Min. Nachm. — Der von Wien nur bis Preßburg verkehrende Personenzug fährt dort um 4 Uhr 43 Min. Nachm. ab und trifft hier um 6 Uhr 49 Min. Abends ein.

Telegramme des „Recht.“

Wien, 14. Mai. Auf die patriotische Begrüßungsrede des Podesta's ertheilte der Kaiser eine huldvollste Antwort, desgleichen auf die Begrüßung der Handelskammer. Abends erglänzten die Stadt und der Hafen in feenhafter Beleuchtung. Unter ununterbrochenem Jubel der Bevölkerung fuhr der Kaiser in das Theater, woselbst er während zwei Acten verweilte und sodann die Stadtbeleuchtung unter enthusiastischen Ovationen der Bevölkerung in Augenschein nahm. Prachtvolles Wetter.

Versailles, 14. Mai. Die Nationalversammlung verwarf mit 464 gegen 179 Stimmen das Amendement, betreffend, das Datum der allgemeinen Wahlen zu bestimmen, und nahm mit 370 gegen 297 Stimmen den Commissionseutwurf auf Unterdrückung aller partiellen Wahlen bis zu den demnächstigen allgemeinen Wahlen an. Das vorgelegte Budget für 1876 weist 2569 Millionen Ausgaben gegen 2573 Millionen Einnahmen auf. Die Erhöhung des Kriegsbudgets beträgt nur 6 Millionen. Der „Moniteur“ sagt, alle Kabinete erhielten die positive Versicherung, daß jede Gefahr von Verwicklungen jetzt beseitigt sei.

Fenilleton.

Meister Spizling.

Ein modernes Feenmärchen von Karl Williser.

(Fortsetzung)

„Schöne Weidichte“, brummte der Enttäuschte nach der Entfernung seiner Gönnerin; „also mein

„Freigeist“ wäre ein Sudelblatt für leichtgläubige Gimpel? Und wenn er die Wahrheit sagen wollte, müßte er so schreiben, wie ich eben gelesen?...

Wie er so philosophirt, öffnet sich die Thür des Kaffeehauses und es treten vier Herren ein. Es sind gute Freunde des Schneiders und alsbald sitzen alle fünf an einem Tische. Während sie gemüthlich plaudern, bemerkt Spitzling seine geisterhafte Fee, wie sie die rechte Schulter eines jeden seiner Freunde berührt und wieder verschwindet.

„Hört einmal“, beginnt jetzt einer der Freunde, „wir brauchen ja hier nicht müßig zu sitzen; laßt uns wieder einmal den Schneider da gehörig rupfen. Hast Du die Karten mit, Knöpfe?“

„Ja, hier sind Sie. Ich spiele mit dem Schneider gegen Euch; gebt mir aber Eure Zeichen rechtzeitig und deutlich, sonst plage ich!“

„Soll nicht fehlen, sei unbesorgt. Der Kerl scheint heute etwas verstimmt zu sein, vielleicht ist das Schneiderlein nicht recht bei Kasse. Nun, wir wollen uns halt für diesmal mit weniger begnügen, auch wenig ist etwas.“

„Nun, Schneider, machen wir eine Partie? Schau, alter Gimpel, wir fallen Dich auf der Straße nicht an, um Dich auszurauben, weil wir Deine gute Freunde sind. Wir begnügen uns deshalb damit, Dir am Spieltische den letzten Heller herauszuschwindeln und lassen Dir großmüthig das nackte Leben. Deine Familie kannt Du meinerwegen mit Sägespänen füttern.“

Spitzling machte große Augen, denn er erkannte seine Freunde in ihrer wahren Gestalt. Da fiel es ihm ein, daß er Nasenbluten habe. Er hielt sich das Taschentuch vor, entschuldigte sich für eine kleine Weile und — suchte das Weite.

Auf der Straße war heller Tag. Er dankte im Stillen seiner überirdischen Gönnerin für die erhaltene Aufklärung und suchte sich an den schönen Auslagen der Verkaufsläden für die gemachte Erfahrung zu zerstreuen. In den meisten Schaufenstern sah er breite Papierstreifen, worauf mit großen Buchstaben „Neujahrsgeschenke“ zu lesen war.

„Was wirst Du denn der lieben kleinen Ella für ein Neujahrsgeschenk bringen?“ fragte sich besinnend der Meister. „Ja richtig! Das süße Kind leuchtete ja das letzte Mal, als ich sie besuchte, so reizend nach einem Rosa-Seidenstoffe, den sie da in einer Seidenwaren-Niederlage gesehen hat. Sie hat mir damit wol die Weißung erteilt, worin mein Neujahrsgeschenk bestehen soll. Nun, mein theueres Mäuschen, Du sollst heute Deinen Wunsch erfüllt sehen!“

Wenn der Liberalismus auch seine eigenen zehn Gebote hat, so verbietet das neunte gewiß nicht den Ehebruch. Darum fühlen sich gewisse liberale Herren so ganz unschuldig, wenn sie trotz ihrer rechtmäßigen Frauen und Kinder irgendwo noch eine weitere kleine Lebensfreude unterhalten.

Meister Spitzling denkt also mit der größten Gewissensfreiheit und Zärtlichkeit an seine blondköpfige Liebe, für die er sofort einen schweren Rosa-Seidenstoff (auf Puff) einkauft und im Geiste ihr anprobiert.

„Wird dem Täubchen herrlich stehen. Wie fang' ich's denn nur an, daß ich ihr die Robe ohne unnötiges Aufsehen anfertige? Ich hab's. Ella kommt einfach als Kundin zu mir und bestellt sich das Kleid. Ich aber will machen, daß es ihr königlich stehen soll!“

Unter solchen frommen Vorlägen kommt der Meister an die kleine Pforte seines stillen Glückes. In eigentümlicher Weise klopfert er an und wird verstanden. Von Innen ruft man: „Bist Du es, Kasimir?“

„Ich bin es, meine Liebe; ich bin es, mein Schatzchen; mach' auf die Pforte meiner Seligkeit!“

Die Pforte ging auf und Spitzling trat ein. Doch nicht sein Augentrost war es, der ihn mit holdem Lächeln empfing, sondern die wohlbekannte Fee, die mit ihrer ernst-strafenden Miene ihm nicht wenig imponierte und vor der er sich auf seinem jetzigen Wege etwas schämte. Doch bald verduftete sie wieder und nun stand zwischen ihm und seiner Liebe kein weiteres Hinderniß. Eben wollte er mit zärtlicher Rede beginnen, als ihm mit folgender Ansprache zuvorgekommen wurde:

„Nun, alter Schafstopf, kommst Du auch geschlichen und bringst mir mein Neujahrsgeschenk? Wird doch was Dreckliches sein und keine Lappalie,

wie? — Nun, was schaust Du denn so mondaltmäßig drein, Du verliebter Hirschkäfer? Gib her und suche bald wieder das Weite, daß Deine Jammergestalt mir meinen theuren Richard nicht verschleudert.“

(Fortsetzung folgt.)

(Eingegendet.)

Wider den „Grenzboten.“

Durch die in der gestrigen Nummer des „Grenzbot.“ in dem Artikel: „Kann man die Anhänger der gegenwärtigen conservativ-ultramontanen Partei Aristokraten nennen?“ meine Person betreffenden Beziehungen fühle ich mich unangenehm veranlaßt, dem Schreiber desselben dreierlei zu empfehlen:

1) Daß er sich — wenn, wie gerade in diesem Falle — eine Polemik geführt wird, enthalten möge, dritte Personen, die bei dem Streite gar nicht betheilig sind, dennoch in die rein persönliche Sache mit hinein zu ziehen. Es ist geradezu eine journalistische Ungezogenheit, mit wohlfeilen Wigen arglose Personen gleichsam zu überfallen.

2) Lasse er es im eigensten Interesse bleiben, dem „Recht“ Vorwürfe über Härte und Schärfe seiner Ausdrücke zu machen. Der Artikelreiber allein bedient sich solch' einer entschieden verwerflichen Ausdrucksweise, die nicht einmal in das, an sich schon ganz unanständige Blatt „Westung. Grenzbote“ paßt, weil ihm ja das Glück zu Theil wird, von anständigen Menschen gelesen zu werden.

3) Daß er sich — wenn sein edler Geist schon die boshafte Lüsterheit nach dritten Personen verspürt — wenigstens die Mühe nehme, nachzudenken, ob dieselben nicht schon in Frieden ruhen, wie dies mit Viola der Fall ist, der vor 1 1/2 Jahren starb, also nicht mehr in der Lage ist, die Liebeshwürdigkeiten jenes Artikelchreibers dankend entgegen zu nehmen.

Franz Bausenwein.

Verlosungen.

Ledenburger Grundentlastungs-Obligationen.
Ausweis über die bei der Ziehung im April 1875 zur Rückzahlung verlosenen Schuldverschreibungen des ungar. Grundentlastungs-Fonds: à fl. 50 Nr. 80 186 360 513 552 752 796 1133 1249 1969 2042 — à fl. 100 Nr. 12 313 324 341 377 413 586 943 1170 1248 1622 1685 1718 2310 2334 2335 2346 2360 2655 2665 2817 2824 3000 3602 3936 3986 4210 4432 4803 4917 5094 5486 5582 5685 6090 6126 6147 6178 6190 6231 6397 6534 6565 6716 6893 6909 7209 7353 7374 7477 7589 7857 7868 8113 8195 8348 8419 8458 8611 8632 8727 8893 9083 9312 9445 9449 9451 9475 9490 10140 10373 10470 10587 10590 10617 10732 10821 11081 11123 11189 11291 11399 11529 11667 11670 11917 11938 11982 12122 12150 12265 12621 12714 12760 12839 13002 13362 13713 13899 13962 14191 14817 14872 14878 14893 14919 14924 15118 15178 15182 15462 15708 15757 15791 16027 16153 16189 16370 16416 16449 16564 16722. — à fl. 500 Nr. 60 210 235 238 475 504 671 674 894 962 1084 1170 1350 1366 1430 1440 1458 1911 1947 2084 2490 2575 2649 2805 2823 2860 2952 3319 3582 3631 3666 3814 3913 3930 3959 4023 4071 4083 4141 4372. (Schluß folgt.)

Dampfschiff-Fahrten.

Nach Wien täglich 1/26 Uhr Früh mittelst Lokalbotes, dann zwischen 9 und 10 Uhr Vormittags nach Ankunft des Pester Passagierschiffes.
Nach Pest täglich nach Ankunft des Passagierschiffes um halb 10 Uhr Vormittags.

Preßburger Fruchtpreise vom 14. Mai 1875.

	Mengen	niedester	mittlerer	höchster
Weizen	1442	fl. 4.—	fl. 4.50	fl. 5.—
Korn	100	„ 3.50	„ 3.70	„ 3.90
Gerste	1013	„ 2.20	„ 2.67	„ 3.15
Hafers	285	„ 2.20	„ 2.25	„ 2.30
Rufuruz	301	„ 2.80	„ 2.97	„ 3.05

Meteorologische Beobachtungen

vom 13. Mai.

Zeit	Barometer Hand bei 0° G. in Mill. meter	Temperatur nach Celsius	Windrichtung in Millimet.	Feuchtigkeit in Prozenten	Windgeschw. mit Stärke, oben & unten	Wärm. mit Menge der Welt, oben & unten
7 1/2 M.	752.35	+14.4	8.5	70	WSWS	1
2 „ Ab.	750.34	+18.6	10.8	68	WSWS	3
9 „ Ab.	750.66	+14.6	8.6	70	WSWS	1

Temperatur-Extreme: +20°52, +12°50 Cels.
Nebelgehalt: während der Nacht 7, während des Tages 8.

Wiener Börse vom 13. Mai.

	Gold	Waare
5proc. Papier-Rente	69.50	69.60
detto in Silber	74.20	74.30
ungarische Grundentl.-Oblig.	81.50	82.—
siebenbürgische	78.—	78.50
Weingebent-Ablösungs-Oblig. 100 fl.	74.50	75.—
1864er Staatslose 100 fl.	136.75	137.25
1860er ganze	111.50	111.75
1860er Jünstiel	115.75	116.25
Credit 100 fl.	165.75	166.25
4pct. Dampfschiff 100	95.25	95.75
Diner 40	27.75	28.25
Graf Salm 40	36.75	37.25
„ Fálsh 40	27.75	28.25
„ Clap 40	27.50	28.—
„ St. Genois 40	27.50	28.—
„ Waldstein 20	22.75	23.25
„ Reglevid 10	13.—	13.50
Rudolflose 10	13.50	14.—
Ungar. Prämien-Anlehen	83.—	83.50
Türkenlose voll eingezahlt	55.—	55.25
Nationalbank	964	965
Creditanstalt öst. zu 160 fl.	231.—	231.25
Credit. a. u. z. 200 fl. 80pct.	216.50	216.75
Anglo-Austrian 500 fl. Silber	129.25	129.50
Anglo-Hungarian 200 fl. Silb. 40pct.	11.25	11.50
Franco-Austrian	46.50	47.—
„ Hungarian	58.—	58.50
Nordbahn 1000 fl.	955	1960
Staatsbahn	295.—	296.—
Lemberg-Gzernowitz-Jassy	139.—	139.50
Ung. Nordostbahn	121.—	121.50
Ung. Ostbahn	50.—	50.50
Siebenbürger Bahn	127.50	128.50
Ungar. Eisenbahnanlehen	99.75	100.25
Rand-Ducaten	5.31	5.32
Def.-ung. 8 fl.-Goldst.	8.91	8.92
Preuß. Thalerscheine	1.63	1.64
20-Francsstück	8.91	8.92
Silber	102.90	103.—

Bei der Wiener Weltausstellung 1873 mit dem Anerkennungs-Diplom ausgezeichnet.

Das erste und größte photographische Atelier

E. KOZICS,

nach den neuesten Verbesserungen neu erbaut, empfiehlt sich zur Aufnahme von Porträts von der Bistkartenform bis zur Lebensgröße, Chromophotographien, Photographien auf Eisenblech, Cabinet-Porträts, Photographien auf weißer Seide, Vergrößerungen in allen Dimensionen, Landschaften, Photographien aus Materialien, mit Farben ausgeführt, gemalte Damenbilder mit Photographien, Briefmarken, Cigarettenaschen etc.
Promenade Nr. 2, nächst dem Hotel zum „grünen Baum.“

Ludwig Nirnsee,

Michaelerthor Nr. 164 in Pressburg.

Ich erlaube mir hiemit, das v. t. Publikum in Kenntniß zu setzen, daß ich nachstehende **Mineralwässer**, sammtlich diesjähriger, also früher Füllung, am Lager habe:

Adelheidsquelle	Friedrichshaller Bitterwass.	Marienbader Ferdinandsbrunn
Billiner Sauerbrunn	Glosshübler Sauerbrunn	Ofner Ellsabeth
Carlsbader Mühlbrunn	Gieichenberger Constantin-Quelle	„ Honyady St.-István
„ Schlossbrunn	Haller Jodquelle	Preblauer
„ Sprudel	Johannisbrunn	Püllnaer
Eger Saizquelle	Klausener Stahlquelle	Rohitscher
„ Franzensbrunn	Marienbader Kreuzbrunn	Saidschitzer Bitterwasser
Emserkränchen		Selterser